

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 34.

Charlottenburg, Freitag, den 20. August 1920.

Jahrg. 47.

Der Reichswirtschaftsrat.

Am 30. Juni ist in Berlin der vorläufige Reichswirtschaftsrat zu seiner ersten Tagung zusammengetreten. Er ist zusammenberufen auf Grund der Verordnung vom 4. Mai 1920 und hat die Aufgabe, beim Aufbau der in der Reichsverfassung (Art. 165) vorgesehenen Arbeiterräte, Unternehmervertretungen und Wirtschaftsräte mitzuwirken, sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung vor ihrer Einbringung in den Reichstag zu begutachten und selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen.

Ueber die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates gibt das „Korrespondenzblatt“ des N. D. G.-B. nähere Details an, die für unsere Mitglieder jedenfalls auch von Interesse sind.

Der Reichswirtschaftsrat besteht aus 326 Vertretern, von denen 68 der Land- und Forstwirtschaft, 6 der Gärtnerei und Fischerei, 68 der Industrie, 44 dem Handel, Banken- und Versicherungswesen, 34 dem Verkehr und öffentlichen Unternehmungen und 36 dem Handwerk angehören. Von diesen 256 Vertretern müssen je die Hälfte von der Arbeitgeberchaft und von der Arbeitnehmerchaft vorgeschlagen sein. Die restlichen 70 Vertreter entfallen auf die Verbraucher (30), Beamtschaft und freie Berufe (16), auf Persönlichkeiten, die mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Länder besonders vertraut sind (12) und auf Personen, die die Reichsregierung nach freiem Ermessen ernannt (12). Die Arbeitnehmerchaft ist durch folgende Namen vertreten:

1. Land- und Forstwirtschaft: Albrecht, Bernier, Jaack, Kwasnida, Löhre, G. Schmidt, Waldb, Schmaus, Schüler, Gröbner, Harden, Pallelat, S. Schmidt, Behrens, Hülser, Gattermann, Birngibl, W. Schmidt, Meyer und Wagner.

2. Gärtnerei und Fischerei: Busch, Lorenz und Viehmann.

3. Industrie: Legien, Cohen, Waltrusch, Grünzel, Sad, Bube, Wieber, Stühmer, Badert, Schrader, Jädel, Berg, Larnow, Stühler, Mahler, Bruns, Schweizer, Werner, Klinger, Brauer, Wiffell, Imbusch, Que, Gärtner, Thomas, Vins, Gieslitz, Dr. Combeher, Aufhäuser, Leonhard, Udo, Effert, Otto und Breddemann.

4. Handel, Banken, Versicherung: Dreher, Werner, Fromm, Dr. Thissen, Habermann, Urban, Rogon, Cohn, Schimmel, Bedmann, Fürstenberg, Marx, Deder, Bierrath, Wagner, Roder, Fedisch, Dr. Andres, Hennig, Reif, Münzel und Dr. Görnandt.

5. Verkehr und öffentliche Unternehmungen: S. Müller, Mebe, Simonsen, Döring, Rudolph, Ruhn, Schumann, Will, Scheffel, Röhr, Rathmann, Hedmann, Riedel, Müntner, Dedebach, Scheibig und Schneider.

6. Handwerk: Kreil, Simon, Diermeier, Knoll, Hörter, Schuhmacher, Umbreit, Wiedeberg, Kartscheid, Cammann, Neustadt, Görner, Kahl und Hemminger.

Unter der Verbraucherschaft sind vertreten der Zentralverband Deutscher Konsumvereine durch Kaufmann, Wäfflein, Lorenz, Berger, Bauer, Liebmann, Markus, Hoffmann, der Zentralverband der Hausangestellten durch Fr. Köhler und der Verband der Gastwirtschaftsgehilfen durch Ströhlinger.

Der Reichswirtschaftsrat kann zur Behandlung wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Fragen je einen ständigen Ausschuss bilden, der von dem zuständigen Ministerium vor Erlass grundlegender Verordnungen zu hören ist, ebenso vor Abänderung oder Aufhebung bestehender Vorschriften. Nimmt der Ausschuss in einer grundlegenden Frage eine von der Regierung abweichende Stellung mit weniger als drei Vierteln der abgegebenen Stimmen ein, so kann die Reichsregierung eine Beschlussfassung der Vollversammlung des Reichswirtschaftsrates über diese Fragen vorlegen. Ebenso kann der Ausschuss die Behandlung einer Frage

an die Vollversammlung verweisen. Der Reichswirtschaftsrat und seine Ausschüsse sind befugt, Sachverständige hinzuzuziehen und die Anwesenheit von Vertretern der Reichsregierung zu verlangen. Die Vertreter der Reichsregierung haben zu den Sitzungen des Reichswirtschaftsrates und seiner Ausschüsse jederzeit Zutritt und müssen jederzeit gehört werden. Auch die Länder sind befugt, Vertreter zu entsenden und durch sie den Standpunkt ihrer Regierungen zum Verhandlungsgegenstand darzulegen. Der Reichswirtschaftsrat und seine Ausschüsse können jederzeit zur Aufklärung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Fragen verlangen, daß die Reichsregierung oder eine von ihr betraute Stelle Auskünfte über wirtschaftliche Verhältnisse einzieht und ihnen die Ergebnisse ihrer Ermittlungen vorlegt.

Die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates sind Vertreter der wirtschaftlichen Interessen des ganzen Volkes; sie sind an Aufträge nicht gebunden und nur ihrem Gewissen verantwortlich. Sie dürfen wegen ihrer Abstimmung oder wegen der in Ausübung ihrer Mitgliedschaft getanen Äußerungen weder gerichtlich noch dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Rechenschaft gezogen werden. Sie haben das Recht der Zeugnisverweigerung und sind verpflichtet, sich jeder mißbräuchlichen Bewertung der infolge ihrer Mitgliedschaft zu ihrer Kenntnis gelangten Tatsachen, Maßnahmen und Pläne zu enthalten und über vertraulich erklärte Verhandlungen Verschwiegenheit zu beobachten.

Die Konstituierung erfolgte ohne besondere Feierlichkeit. Der Reichskanzler Dr. Fehrenbach hielt eine kurze Begrüßungsansprache, die in dem Sage gipfelte: „In der Bedeutung, die der Reichswirtschaftsrat sich durch seine Tätigkeit zu geben weiß, liegt seine Stellung fester verankert als in Artikeln und Paragraphen des Gesetzes.“

Bei der Wahl des Vorsitzenden mußte das Los entscheiden, ob dieser von Arbeitgeberseite oder von Arbeitnehmerseite gestellt werden sollte. Das Los entschied zugunsten der Arbeitgeber, und es wurde darauf der Vertreter der Landwirtschaft Edler v. Braun als Vorsitzender gewählt. Als erster stellvertretender Vorsitzender wurde unser Genosse Legien gewählt.

Sodann erfolgte die Wahl je eines ständigen Wirtschaftspolitischen und Sozialpolitischen Ausschusses, eines Geschäftsordnungsausschusses sowie von vier Mitgliedern für das Wahlprüfungsgericht.

Dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss gehören als Arbeitnehmervertreter an: Wiffell, Cohen, Larnow, Jaack, Que, Schweizer, Schumann, Kreil, Habermann, Gieslitz; dem Sozialpolitischen Ausschuss: Umbreit, Aufhäuser, Albrecht, Dreher, Gärtner, Riedel, Stühler, Dr. Thissen, Imbusch und Bedmann; dem Geschäftsordnungsausschuss: Knoll, Dr. Müller, Reif, Behrens; dem Wahlprüfungsgericht: Cohen und Breddemann.

Der zweite Sitzungstag begann mit der Beratung eines Initiativantrages der Arbeitnehmervertreter (Wiffell und Gen.), der die Unterstützung aller übrigen Gruppen gefunden hatte. Er lautete:

„Der Reichswirtschaftsrat wolle beschließen:

Die andauernde Schließung von Betrieben bezw. die Beschränkung der Produktion bringt volkswirtschaftliche und soziale Schädigungen so schwerer Art, daß dringend die Wege zur Abwendung dieser Gefahren zu erforschen sind. Der Ausbau der heutigen Erwerbslosenfürsorge zu einer produktiven, deren Ziel die Steigerung der Warenerzeugung ist, erscheint unumgänglich geboten. Der gemäß Art. 11 der Verordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat vom 4. Mai 1920 bestellte Wirtschaftspolitische Ausschuss wird beauftragt, die hier in Betracht kommenden Fragen

umgehend zu prüfen und dem Reichswirtschaftsrat Vorschläge zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Der Antragsteller Bissell begründete den Antrag mit dem Hinweis auf die sich mehrenden Produktionsbeschränkungen und Betriebsstilllegungen, die im Widerspruch stehen mit der Notwendigkeit der Vermehrung der Gütererzeugung. Jeder Deutsche habe nach dem geltenden Recht, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, die sittliche Pflicht, seine körperlichen und geistigen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordere, und diese habe ihm die Möglichkeit zu schaffen, daß er dieser gesetzlichen Pflicht entsprechen könne. Es genüge nicht, dem Arbeiter nur Unterstützung zu geben, damit er seinen Lebensunterhalt notdürftig fristen könne, sondern man müsse ihm auch die Freude an der Arbeit erhalten. Eine produktive Erwerbslosensfürsorge sei zu schaffen, die über die Unterstützung des einzelnen hinausgehe und die weitergehenden Interessen des ganzen Volkes berücksichtige.

Der Reichswirtschaftsminister Scholz erklärte sein Einverständnis mit diesem Antrag und war bereit, im zuständigen Ausschuß über alle damit zusammenhängenden Fragen mitzuberaten. Der Antrag wurde an die beiden Ausschüsse für wirtschafts- und sozialpolitische Fragen überwiesen, die sofort zu seiner Beratung einen gemeinsamen Arbeitsausschuß einsetzten. Dieser Arbeitsausschuß hat bereits eine Reihe von Sitzungen abgehalten, in denen zahlreiche Sachverständige der Schuh-, Leder- und Bekleidungsindustrie, der Baustoff- und Baugewerbe, der Nahrungsmittelgewerbe, Metallindustrie, graphischen und keramischen Industrie vernommen wurden.

Die Vollversammlung des Reichswirtschaftsrats wurde mit Rücksicht auf die Verhandlungen in Spa vertagt, nach deren Beendigung der Reichswirtschaftsrat sofort zu deren Ergebnissen Stellung zu nehmen hat.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat seine Bedeutung begriffen, indem er sich sogleich nach seinem Zusammentritt an die sachliche Arbeit begab. Wir bedürfen keines neuen Reichsparlamentes, sondern einer Kammer der praktischen Volkswirtschaft und Arbeit. In diesem Sinne stimmen wir dem Begrüßungsartikel zu, den der Vorsitzende des früheren Wirtschaftsrats, Direktor Hans Krämer, dem Reichswirtschaftsrat widmet: „Wer gute, schnelle und gründliche Arbeit leisten will, darf seine Kraft nicht im Wortkampf zersplittern. Wollt ihr ehrlich bestrebt sein, die große Lücke auszufüllen, die zwischen der Tätigkeit der Volksvertretung und den Forderungen der Wirtschaft bisher klaffte, dann, ihr Wirtschaftler, die ihr am letzten Junitage das neue Parlamentshaus bezieht, müht euren Geist und — spart am Wort.“

Im Anschluß hieran soll noch vermerkt werden, daß der Ausschuß, an den der Antrag Bissell verwiesen wurde, wiederum einen Unterausschuß einsetzte, in dem die ganze Materie einer eingehenden Beratung unterzogen wurde. Eine größere Zahl von sachverständigen Unternehmern und Arbeitern wurde gehört. Dieser Unterausschuß, dem neben bekannten Arbeiterführern auch namhafte Vertreter großer Unternehmerverbände angehören, kam auch auf die Frage des Lohnabbaues zu sprechen. Das Ergebnis war, daß ein Lohnabbau das ungeeignete Mittel wäre, um die bestehende Wirtschaftskrise zu beheben. Diese hat ihre Ursache in der Unterkonsumtion der breiten Massen, die darauf zurückzuführen ist, daß die Warenpreise eine Steigerung erfahren haben, die weit über die Kaukraft weiter Volkstreife hinausgeht. Ein Lohnabbau würde dieses Uebel nicht beheben, sondern nur noch verschlimmern. Es müssen also andere Wege gesucht werden, und der Unterausschuß erblickt diese in einer Senkung der Warenpreise, die sich herbeiführen läßt durch eine Verbesserung der Produktionsmethoden und einer Beschränkung der Rohstoffpreise und der Produktions- und Handelsgewinne. Der Unterausschuß hat sich nicht auf diese allgemeinen Gedankenaufbaue beschränkt, sondern er hat tiefer geschürft, und er macht praktische Vorschläge zur Verwirklichung seiner Anregungen. Sofern das Plenum des Reichswirtschaftsrates sich dieser Entscheidung des Ausschusses anschließt, was ohne weiteres angenommen werden kann, würden wir eine wertvolle moralische Unterstützung unserer bisher vertretenen gleichen Auffassung finden.

Aus dem Bericht der Gewerbeinspektion für das Preussische Land für das Jahr 1919.

Der vorstehend erwähnte Bericht enthält auch für uns Porzellanarbeiter so mancher interessante und Wissenswerte.

Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern waren vorhanden insgesamt 986 mit 27 233 Arbeitern. Davon wurden revidiert 516 Betriebe mit 23 235 Arbeitern.

Am allgemeinen Bericht wird geklagt, daß die Einführung des Achtstundentages Übertretungen in großer Zahl mit sich brachte, zumal einzelne Personen freiwillig Überarbeit leisteten, um die

damit verbundene höhere Bezahlung zu erhalten. Wo der Werbeaufsichtsbeamte davon Kenntnis erhielt, stellte er diesen Gebrauch sofort ab und erstattete im Nichtbeachtungsfalle auch Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Hierbei ist die Gewerbeaufsicht bei Unternehmern wie bei Arbeitern vielfach auf die irrige Meinung gestoßen, daß freiwillige Überarbeit erlaubt sei, zum mindesten für die erwachsenen männlichen Arbeiter. Es heißt im Bericht: Ein großer Teil der Arbeiter will sich durchaus keine Vorschriften machen lassen über die Dauer der Arbeitszeit, vor allem derjenigen, der zur Erreichung der Arbeitsstelle die Eisenbahn benutzen muß. Die Züge verkehren leider oft so, daß die Arbeiter nach Beendigung der achtsündigen Arbeitszeit nicht gleich heimfahren können, sondern sich zwecklos in den Straßen oder in Wirtschaftshäusern herumtreiben müßten, wenn sie nicht bis zum Abgang des Zuges die Zeit in der Fabrik verbleiben und arbeiten dürfen. Im Bericht wird dazu gesagt, daß es wenigstens solchen Arbeitern erlaubt sein sollte, eine besondere Genehmigung länger arbeiten zu dürfen. Wir möchten hierzu gleich bemerken, daß wir uns dieser Auffassung nur unter der Voraussetzung anschließen könnten, daß dadurch die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden nicht überschritten wird.

Eine wenig erfreuliche Erscheinung stellt der Bericht fest in der Erwähnung, daß andere, infolge der achtsündigen Arbeitszeit kaum noch ermüdete Arbeiter mit ihrer bisher ungewohnten Freizeit nichts anzufangen wissen oder ihr Einkommen dadurch zu verbessern suchen, daß sie sich nach Arbeitsluß mit Nebenarbeiten häuslich beschäftigen. Sie stellen nach dem frühen Feierabend bis in die Nacht hinein für Privatkundschaft unter gewissem Druck Arbeiten für eigene Rechnung her, oft noch unter Verwendung von auf der Arbeitsstelle entwendetem Material und Werkzeugen. Der Bericht sagt mit Recht, durch diesen Unfug wird die mit der Einführung des Achtstundentages bezweckte Absicht in ihr Gegenteil verkehrt. Wir wollen der Hoffnung Raum geben, daß die Porzellanarbeiter nicht zu denen gehören, die sich solcher unverantwortlicher Handlungsweise schuldig machen.

Im Gegensatz zu der nicht zu bändigenden Arbeitswut eines Teiles der Arbeiter stellt der Bericht aber auch fest, daß auch über mangelnde Leistungen und Arbeitscheu, namentlich jugendlicher, geklagt wird. Jedoch ist hierin in den letzten Monaten ein Wandel zum Besseren eingetreten. Häufig mußte die Gewerbeinspektion auch hören, daß die Arbeiter infolge der schlechten Ernährung nicht fähig waren, vollwertige Männerarbeit zu leisten, was auch im Bericht als richtig anerkannt wird.

Ein wenig erfreuliches Kapitel im Bericht betrifft die Heimarbeit, die in diesem Bezirk stark vertreten ist. 448 Haus- und Heimarbeiterwerkstätten wurden im Berichtsjahre von der Gewerbeaufsicht besucht. Soweit die Porzellanindustrie hierbei in Frage kommt, heißt es im Bericht: Sehr zu bedauern ist, daß noch immer Unternehmer gibt, die Porzellan zum Stanzen und Verputzen ins Haus geben. Es ist schon mehrmals in den Berichten darauf hingewiesen worden, daß damit die Wohnungen, in denen die Sauberkeit an und für sich noch viel zu wünschen übrig läßt, verschmutzt und verstaubt werden und daß dadurch die Gesundheit der Arbeiterfamilien ganz besonders gefährdet wird. Derartige Arbeiten in den Wohnungen verrichten zu lassen, sollte durch Reichsgesetz verboten werden. — Nachdem der Bericht konstatiert, daß die Heimarbeit, besonders in der Spielwarenindustrie, in der Zunahme statt in der Abnahme begriffen ist, wird auch die Begründung dafür gegeben. Es heißt im Bericht: Die Unternehmer ersparen dadurch Licht und Heizung und sind nicht an den Achtstundentag gebunden. Die von vielen Seiten geforderte Durchführung des achtsündigen Arbeitstages in der Hausindustrie ist kaum möglich. Mehr Ordnung in die Verhältnisse von Hausgewerbe und Heimarbeit zu bringen, ist sehr vonnöten und den Bestrebungen, Kleinfabrikanten und Hausgewerbetreibende zu organisieren, ist voller Erfolg zu wünschen.

Tarifverträge wurden in fast allen Gewerbegruppen abgeschlossen. Es heißt im Bericht: Viele Tarifverträge bringen die wesentliche Neuerung, daß gelernte Arbeiter nicht viel mehr erhalten als ungelernte. Das ist ein Zug der Zeit, der sich noch bitter rächen wird. Dazu kommt, daß die Affordarbeit, die so sehr nützt, in vielen Verträgen, wenn nicht verboten, so doch erheblich eingedämmt wird. Die Abschaffung der Affordarbeit vernichtet den Trieb, durch Fleiß mehr zu verdienen und möglichst viele Werte zu schaffen. Im großen und ganzen steht die Arbeiterschaft der Affordarbeit feindlich gegenüber und begründet ihre Abneigung mit der schlechten Ernährung und damit verbundenen Unfähigkeit, die mit der Affordarbeit verbundene angestrengtere Betätigung zu leisten.

Obwohl in unserem Berufe die Affordarbeit nicht abgeschafft und bis heute noch das vorherrschende Entlohnungssystem bildet, vermögen wir uns der Auffassung der Gewerbeinspektion nicht

zuschließen. Doch der Bericht gibt selbst einen sehr wesentlichen Grund an, warum die Arbeiter die Mordarbeit anders beurteilen und deswegen sich ablehnend zu ihr verhalten. Das ist die schrankenlose Masssucht eines großen Teils der Unternehmer, die den Arbeiter durch die Mordarbeit bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit anstrengen, ihm dann aber nicht mehr an Lohn zukommen lassen, als sie für angebracht halten. Wenn in dieser Form der Unterschied zwischen Mord- und Zeitlohnarbeiter durch die Unternehmer so ziemlich aufgehoben wird, soweit die Entlohnung in Betracht kommt, dann hat sich dieses Verfahren schon bitter gerächt, indem die Arbeiter immer ungestümmer auf Abschaffung der Mordarbeit drängen. Im Bericht wird hierzu gesagt: Aber auch die unerwünschte Gepflogenheit, dann die Mordsätze herabzusetzen, wenn der betreffende Arbeiter dabei im Verhältnis zur Höhe der üblichen Lohnsätze gut verdient, trägt viel zu der Unbeliebtheit dieses Lohnsystems bei und bestimmt wird dann mit einem Umschlag in dieser Richtung gerechnet werden können, wenn der vereinbarte Mordlohnsatz auch dann der gleiche bleibt, wenn der Arbeiter nach Ansicht des Unternehmers zu viel verdient. Dann wird die Redensart: „Mordarbeit ist Mordarbeit“, bald verschwinden.

Daß die Kohlen not sich in unangenehmster Weise bemerkbar machte, erwähnt der Bericht ebenfalls. Der Mangel an Porzellanpuppenköpfen hatte einen Stillgang der Puppenindustrie zur Folge; natürlich haben andere Faktoren dabei auch noch mitgewirkt, wie der Mangel an Puppenglasäugen, Textilien für Puppenbekleidung usw.

Zur Lehrlingsfrage ist erwähnenswert, daß der vom Demobilisierungskommissar aufgestellte Grundsatz, daß die Zeit des Fortbildungsschulunterrichts in die achtsündige Arbeitszeit einzurechnen sei, in den Kreisen der Lehrherren und Unternehmer großen Unwillen erregte.

Ueber die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter wird gesagt, daß diese im allgemeinen nicht gut sind, was auf die schlechte Ernährung zurückzuführen sein dürfte. Erkrankungen, die auf eine bestimmte gewerbliche Tätigkeit zurückzuführen sind, sind im Jahre 1919 nicht bekannt geworden.

In bezug auf die Löhne der Arbeiter wird gesagt, daß diese ganz allgemein außerordentlich gestiegen, jedoch hat sich das Einkommen der Arbeiterbevölkerung dadurch nicht gebessert. Bei der herrschenden Teuerung reichen die gezahlten Beträge nicht aus, den Ansprüchen ans Leben zu genügen. Auch die Unternehmer sollen nach Auffassung der Gewerbeinspektion trotz entsprechenden Preisaufschlages auf ihre Erzeugnisse kaum noch verdienen, sondern sich nur noch erhalten. Wir glauben, nicht fehlzugehen, wenn wir sagen, daß die Porzellanfabriken hierunter nicht gemeint sein sollen.

Im allgemeinen lehrt uns dieser Gewerbeinspektionsbericht, daß noch viel an Aufklärungsarbeit geleistet werden muß, um zu verhüten, daß sich die Arbeiter in Nichterkenntnis der Verhältnisse selbst um die Errungenschaften der Neuzeit bringen. Es sind harte Vorwürfe gegen die Arbeiter, wenn gesagt wird, daß diese mit ihrer Freizeit nichts anzufangen wissen. Sie sollen die gewonnene freie Zeit benützen, ihren Geist weiter zu bilden, ihre Erkenntnisse und ihr Wissen zu vermehren und zu vertiefen, weil das notwendig ist, wenn sie die Ursachen ihres Elends kennen und begreifen lernen wollen.

Heilverfahren, Fürsorge- und Heilstättenwesen.

Die Landesversicherungsanstalten der Invalidenversicherung sehen mit Recht in der Durchführung von Heilverfahren eine wichtige Aufgabe. Ausgaben für solche Zwecke können als produktive angesehen werden; denn ein erfolgreiches Heilverfahren kann große Summen von Ausgaben für Invalidenunterstützung ersparen. Welchen Umfang die Betätigung der Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten auf diesem Gebiete haben, darüber gibt der Bericht über das Jahr 1918, der in einem Rundschreiben vom 2. Dezember 1919 bekanntgegeben und im Februarheft 1920 der „Ämtlichen Nachrichten“ des Reichsversicherungsamtes veröffentlicht ist, Auskunft. Ihm ist folgendes zu entnehmen:

Insgesamt wurden 114 207 Versicherte (1917: 98 741) mit einem Gesamtaufwande von 28 811 855 M. (1917: 22 339 994 M.) behandelt, darunter 45 192 Männer und 69 015 Frauen. Davon waren in ständiger Behandlung: wegen Lungen- oder Kehlkopf- oder Tuberkulose 27 018 (1917: 25 660), wofür 16 921 301 M. (1917: 13 708 436 M.) ausgegeben wurden, wegen Lupus 228 mit einer Ausgabe von 93 070 M., wegen Knochen- oder Gelenktuberkulose 227 mit einer Ausgabe von 98 184 M. und wegen anderer Krankheiten 22 007 (1917: 18 213), die 7 359 841 M. (1917: 5 317 629 M.) Ausgaben verursachten. Unter den letzteren waren

67 Krebs-, 1851 Geschlechtskranke und 11 Trunksüchtige. Nichtständig sind 1029 Lungen- oder Kehlkopf- oder Tuberkulose und 63 698 andere Kranke, darunter wegen Zahnkrankheiten 60 861 (1917: 53 488), behandelt worden, wofür bei den ersteren 81 099 M., bei den letzteren 4 253 360 M. Ausgaben erforderlich waren. Von den 28 811 855 M. Gesamtkosten sind 6 778 316 M. durch andere Versicherungsträger, Gemeinden usw. ersetzt worden, so daß die eigene Ausgabe für die Heilbehandlung 22 033 539 M. (1917: 17 456 693 M.) betrug. In 22 Jahren, von 1897—1918, sind im ganzen 1 673 307 Versicherte, darunter 630 834 wegen Lungen- oder Kehlkopf- oder Tuberkulose, mit einem Gesamtaufwande von rund 390 Millionen Mark in Heilbehandlung genommen.

Heilerfolge wurden 1918 erzielt bei sicher nachgewiesener Lungen- oder Kehlkopf- oder Tuberkulose in 85 Proz., bei Knochen- oder Gelenktuberkulose in 56 Proz., bei Lungentuberkuloseverdächtigen, Lupuskranken und anderen Kranken in 91 Proz. der behandelten Fälle.

Für allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung wurden ohne Berücksichtigung der durch den Krieg verursachten besonderen Ausgaben insgesamt 3 261 966 M. ausgegeben (1917: 2 608 859 M.). Diese Summe verteilt sich auf folgende Gebiete: Gemeindefürsorge 490 102 M. (darunter die Landesversicherungsanstalt Schlesien mit 120 392 M.), Errichtung von Heilstätten 27 909 M., Errichtung und Unterhalten von Wald-erholungsstätten 42 806 M. (darunter Berlin mit 10 000 M.), Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungenkranke 1 035 114 M. (darunter Berlin mit 451 926 M.), Entseuchung von Wohnungen 2081 M. (davon Berlin 1671 M.), sonstige Zwecke zur Bekämpfung der Tuberkulose 735 720 M. (darunter Elsaß-Lothringen mit 298 415 M.), Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs 59 304 M., desgleichen der Geschlechtskrankheiten 364 013 M., desgleichen des Lupus 7860 M., desgleichen der Krebskrankheit 3126 M. und sonstige Zwecke 493 931 M.

Zur Bekämpfung der infolge des Krieges drohenden gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schädigungen der Bevölkerung wendeten die Versicherungsanstalten 1918 insgesamt 12 164 101 Mark auf. Für diese Kriegswohlfahrtspflege sind von 1914 bis 1918 von der Versicherungsanstalten insgesamt 71 522 765 M. ausgegeben worden. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung kommen dazu noch 5 516 898 M. im Jahre 1919, so daß die Gesamtausgaben für diesen Zweck rund 77 Millionen Mark betragen. Für Kinderfürsorge gaben die Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten in 1918 insgesamt 2 454 692 M. aus. Davon entfielen 313 726 M. auf die Fürsorge für werdende Mütter und Säuglinge (davon Rheinprovinz allein 153 700 M., wogegen Brandenburg nur 28 050 M. und Berlin nichts aufweist), auf die Fürsorge für die Unterbringung von 6318 Kindern in Heilstätten, Wald-erholungsstätten, Lungenheilstätten, Krankenhäusern, Bädern usw. 802 787 M. (davon Hansestädte 298 365 M., Rheinprovinz 255 171 M., Berlin 84 363 M., Brandenburg 1413 M.), auf Zuschüsse an Gemeinden, Vereine usw. für Kindergärten, Schulzahnspflege, Landaufenthalt usw. 697 845 M. (davon Westfalen 156 423 M., Rheinprovinz 137 116 M., Thüringen 128 514 M., Berlin 69 266 M., letzteres als Zuschuß an Versicherte), Fürsorge für 1263 tuberkulose oder tuberkulosebedrohte Waisenkinder 351 495 M. (davon Hansestädte 254 657 M.) und Unterbringung in Waisenhäuser, Erziehungsanstalten, Kinderheimen, bei Familien auf dem Lande usw. für 599 Kinder 288 839 M. An der unmittelbaren Fürsorge der Landesversicherungsanstalten für insgesamt 6318 Kinder waren hauptsächlich beteiligt: Rheinprovinz mit 1950, Hessen mit 1436, Berlin mit 1412 und Hansestädte mit 972 Kindern.

Von der weiteren Fürsorge der Landesversicherungsanstalten ist noch zu erwähnen, daß auf ihre Kosten 1918: 1180 (1917: 1367) Lungentuberkulose Rentenempfänger in geeigneten Anstalten verpflegt wurden. Davon kommen die meisten auf Rheinprovinz (372), Schlesien (303), Westfalen (175) und Hessen (100).

Von den Heilstätten und Genesungsheimen der Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten waren am 31. Dezember 1919 noch 11, die 741 Betten enthielten, mit verwundeten oder kranken Militärpersonen belegt. Die Heilanstalten hatten unter den Schwierigkeiten der Versorgung mit Kohlen zu leiden. Betriebseinstellungen konnten im Berichtsjahre (1918) jedoch vermieden werden, drohten aber besonders bei den weeliger Anstalten so ernstlich, daß diese Gefahr nur noch im letzten Augenblick durch Fühlungnahme des Reichsversicherungsamtes mit dem Reichskohlenkommissar abgewendet werden konnte.

Zum Verständnis des Existenzminimums.

Von Dr. R. Ruchnalski

Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Nach den Berechnungen, die ich allmonatlich durch die „Finanzpolitische Korrespondenz“ bekanntgebe, kostete das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin:

Ausgaben	Februar/Juni 1914			Februar/Juni 1920		
	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	8,50	8,80	9,80	60	94	184
Wohnung	5,50	5,50	5,50	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	1,85	1,85	1,85	20	20	20
Bekleidung	2,50	4,15	5,85	41	68	96
Sonstiges	3,35	4,45	5,75	32	48	64
Zusammen	16,70	22,25	28,75	162	239	323

Auf den Arbeitstag umgerechnet, betrug der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann im Februar/Juni 1914: 2,80 M., im Februar/Juni 1920: 27 M., für ein kinderloses Ehepaar 3,70 M. bzw. 40 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6–10 Jahren 4,80 bzw. 54 M. Auf das Jahr umgerechnet, betrug das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 870 M. bzw. 8450 M., für ein kinderloses Ehepaar 1160 M. bzw. 12450 M., für ein Ehepaar mit 2 Kindern 1500 M. bzw. 16850 M. Die Kosten des Existenzminimums sind damit gestiegen: für den alleinstehenden Mann auf das 9,7fache, für ein kinderloses Ehepaar auf das 10,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern auf das 11,2fache.

Berechnungen des Existenzminimums sind bei uns so neu, daß ihr Sinn noch vielfach mißverstanden wird. Nur so erklärt es sich auch, daß mir mitunter vorgehalten wird, meine Zahlen könnten schon deshalb nicht stimmen, weil: 1. sehr viele Menschen mit einem geringeren Einkommen leben, und 2. der Anteil, der in meinen Berechnungen auf die Ernährung entfällt, viel kleiner ist, als die meisten Haushaltungsbücher nachweisen.

1. Was den ersten Einwand anbetrifft, so darf ich hier vielleicht zunächst wiederholen, was ich bei Besprechung des Existenzminimums im Mai (370 M. für die Woche) in der „Vossischen Zeitung“ (Nr. 283 vom 6. Juni) gesagt habe:

„Kann man mit einem geringeren Verdienst als den Kosten des Existenzminimums auskommen? Man kann es, wenn man entweder noch aus früheren Zeiten hinreichend Kleidungsstücke und Hausrat besitzt, so daß man kostspielige Neuanschaffungen aufzuschieben in der Lage ist, oder wenn man auf eine auskömmliche Ernährung verzichtet, oder endlich, wenn man in bezug auf Kleidung usw. hinter der Norm zurückbleibt, die bisher bei Proletariern üblich war. Und selbstverständlich gab es auch schon vor dem Kriege Familien, die weniger als das Existenzminimum hatten, denn manches Ehepaar mit zwei Kindern hatte damals in Groß-Berlin weniger als 1500 M. Jahreseinkommen. Der gewaltige Unterschied aber ist, daß vor dem Kriege nur ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung das Existenzminimum nicht erreichte, während es heute der großen Masse verlagert bleibt. Denn sicherlich verfügen heute noch nicht 10 Proz. der Groß-Berliner Familien über ein Jahreseinkommen von mehr als 19000 M. Diese Tatsache ist der deutlichste Beweis für unsere gräßliche Verarmung, die durch die dauernde Steigerung der Gehälter und Löhne und durch die fieberhafte Tätigkeit der Rotenpresse wohl verschleiert, aber nicht behoben werden kann.“

Wir haben eben nicht genug Nahrungsmittel und Kleidungsstücke, um der Gesamtbevölkerung das Existenzminimum zu gewähren. Das darf doch aber nicht dazu verleiten, das Existenzminimum niedriger anzusetzen. Denn sonst käme man ja dazu, es je nach dem Warenangebot von Ort zu Ort und von Monat zu Monat verschieden zu bemessen. Und man müßte letzten Endes in den Städten, wo die Bevölkerung nicht entweder buchstäblich verhungert und erfriert oder im Überflusse lebt, die Kosten des Existenzminimums dem üblichen Arbeitsverdienst gleichsetzen.

Schließlich darf man auch nicht glauben, daß alle Familien, deren Einkommen hinter den statistischen Kosten des Existenzminimums zurückbleibt, daran müssen. Einmal haben viele Menschen infolge mehrjähriger Unterernährung an Gewicht verloren und brauchen nunmehr eine Nahrung als normal schwere Menschen. Manche Leute haben auch Gelegenheit, billigere Nahrungsmittel von ländlicher Bauernhöfen oder aus Fabrikantinnen zu beziehen; andere genügen als Angestellte in Textilbetrieben Vorzugspreise für Stoffe usw. Es gibt also auch Einschränkungen in den Ausgaben, die ohne weiteres körperliches oder seelisches Unbehagen zur Folge haben; hierher gehört der Verzicht auf Steuern u. a.

2. Was den zweiten Einwand anbetrifft, so wird es in der Tat wenige Groß-Berliner Arbeiterfamilien geben, die vor dem

Kriege nur 34 Proz. und in diesem Frühjahr nur 41 Proz. ihr Gesamtausgaben für Ernährung aufgewendet haben. Aber das beweist doch nie und nimmer, daß eine richtige Berechnung des Existenzminimums einen größeren Anteil für den Mindestbedarf an Ernährung ausweisen müßte. Es zeigt vielmehr nur — was jedem Sachkenner auch ohnedem geläufig war — daß vor dem Kriege die Mehrausgaben für Ernährung besonders hoch waren und daß jetzt die Einschränkungen bei der Ernährung gering sind, als bei den meisten übrigen Bedürfnissen. Wenn z. B. jeder Schöneberger Arbeiterfamilien, deren Verpflegung im Frühjahr 1913 ich in dem oben erschienenen zweiten Jahresteil des „Treuen Soldaten“ dargestellt habe, vor sieben Jahren nicht ein Drittel sondern vielleicht die Hälfte ihrer Gesamtausgaben auf ihre Ernährung verwendeten, wenn sie für ihre Ernährung fast 2 1/2 mal soviel ausgaben, wie den Kosten des Existenzminimums entsprach, für alle übrigen Bedürfnisse aber durchschnittlich nur vielleicht 1 1/4 mal soviel, so erhärtet das bloß die durch zahlreiche andere Beobachtungen gewonnene Erkenntnis, daß die Schöneberger Arbeiterfamilien vor dem Kriege auf eine reichliche und mannigfaltige Ernährung großen Wert legten, für Wohnung aber nur das unumgänglich Notwendige aufbrachten und z. B. auch in ihren Ausgaben für Bekleidung nicht wesentlich über das Existenzminimum hinausgingen. Wenn andererseits die meisten Groß-Berliner Arbeiterfamilien jetzt nicht zwei Fünftel, sondern immer noch vielleicht die Hälfte oder mehr für ihre Ernährung ausgeben, so liegt das einfach daran, daß die meisten Eltern ihre Kinder lieber barfuß laufen als hungern lassen.

Selbstverständlich wird man noch feinere Maßstäbe für die Berechnung des Existenzminimums finden können, als die von mir angewandten. Aber man hüte sich davor, durch eine Verwässerung des Begriffs des Existenzminimums Angleichungen an die jeweilige Marktlage oder die wechselnden Neigungen der Verbraucher zu suchen. Denn damit ginge nicht nur die theoretische Grundlage, sondern auch die für die Praxis unentbehrliche Vergleichbarkeit mit der Vergangenheit und Zukunft verloren.

Heimarbeiterinnen.

Hierzu äußert sich Anna Blos im „Bremer Volksblatt“, was anlässlich der ausgebrochenen wirtschaftlichen Krise besonders aktuell ist und für den gesamten Kreis unserer Frauen und Mädchen Interesse haben dürfte. Sie schreibt:

Durch die Presse, auch die sozialistische, geht ein Artikel von Elise Lüders, Referentin im Reichsarbeitsministerium, über Heimarbeiterfragen in Deutschland. In diesem Artikel wird Freiherr von Berlepsch als Vorkämpfer der Sozialreform bezeichnet. Demgegenüber möchte ich feststellen, daß die wahren Vorkämpfer der Sozialreform die Sozialdemokraten waren und noch heute sind.

Im Jahre 1877 arbeitete die damals nur zwölf Mann starke sozialdemokratische Reichstagsfraktion den ersten großen Arbeiterschutzesatz aus, den Antrag, auf dem alle späteren Arbeiterschutzesetze beruhen. Welch ungeheure Arbeit leistete damals unsere kleine Fraktion, die sich ja alle Unterlagen erst mühselig zusammen suchen mußte! Es war nicht leicht, die fehlenden drei Unterschriften in den bürgerlichen Parteien zu erlangen, ohne welche der Antrag nicht hätte eingebracht werden können. Er wanderte, wie die meisten Anträge der Sozialdemokraten damals, in den großen Reichspapierkorb. Aber große Gedanken sind unsterblich, und so hat dieser Arbeiterschutzesatz befruchtend gewirkt auf alles, was später an Arbeiterschutzesatzgebung geleistet wurde. Sogar Bismarck mußte zugeben, daß wir ohne die Sozialdemokratie das bisherige Sozialreform, das wir in Deutschland haben, nicht bekommen hätten.

Die Heimarbeiterinnen sind von jeher am schwersten von der Arbeiterschutzesatzgebung zu erfassen gewesen. Auf ihr Elend suchte schon in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts August Otto die Augen der Welt zu lenken durch ihr Gedicht auf die Spinnflöplerinnen im Erzgebirge: „Seht ihr sie sitzen am Klöppeltischen, die Wangen bleich und die Augen rot. Sie mühen sich ab für einen Pfennig, für einen Pfennig langes Brot.“ Aber August Ottos Ruf an die Menschlichkeit blieb ungehört. Die Heimarbeiterinnen blieben die Stiefkinder der menschlichen Gesellschaft und sind es eigentlich noch bis auf den heutigen Tag, trotz aller sozialpolitischen Bestrebungen.

Die Hausindustrie breitet sich über die großen Städte wie über die kleinen, über das flache Land und das einsame Dörfchen wie über die unzugänglichsten Täler und Hochplateaus der Gebirge aus. Sie haust im Kellerwinkel und in der Dachkammer. In der gefehligen Arbeiterkammer demgegenüber irgendeine Aussicht auf Besserung? Selbst ein Heer von Beamten könnte ihm nicht dazu verhelfen. Wie will man z. B. die Einhaltung einer bestimmten Arbeitszeit vorschreiben? Zwölf- bis vierzehnstündige

Die achtzehnstündige Arbeitszeit wurde vor dem Kriege festgestellt bei den Berliner Mäntelnäherinnen, den elsfassischen Goldstickerinnen, den Splittenklöpplerinnen im Erzgebirge u. a. Und wie war es während des Krieges? Zehn Stunden mußte eine Frau ununterbrochen nähen, um zehn Paar Hosen zu besetzen, um ganze 80 Pf. zu verdienen. Aber auch wenn man die Arbeitszeit selbst festsetzen könnte, wie will man kontrollieren, wie unendlich viel Arbeit nebenher die meisten Heimarbeiterinnen zu leisten haben, die doch auch noch den Haushalt, die Kinder zu versorgen haben? Die Wasser der Heimarbeit fließen aber in so zahllose Rinnen, versteckte Rinnen auseinander, daß sie sich notwendigerweise der Aufsicht entziehen.

Wie soll ferner bei der Heimarbeit eine wirksame Werkstattkontrolle ausgeübt werden? Die Wohnungsnot ist ja jetzt eine viel größere bei uns, als vor dem Kriege. Unsere Wohnungen sind überfüllter als je. Die Werkstatt der Heimarbeiterin ist nur zu oft gleichzeitig Wohn- und Schlafraum, Küche und Kinderstube. Machtlos steht heute die Wohnungsfürsorge diesem Elend gegenüber, und nur langsam wird das Heimstättengesetz wirken können.

Erfolgreich war während des Krieges die Arbeit der Gewerkschaften mit den Militärbehörden für den Lohnschutz der Heimarbeit. Die Ausbeutung der Heimarbeiterinnen in der ersten Kriegszeit war himmelschreiend. Für das Nähen eines Hemdes wurden 27 Pf. gezahlt, für das Besetzen einer Hose 8 Pf. Die vorgeschriebenen Preise wurden nicht innegehalten. So wurden für das Nähen eines Sandfades statt der vorgeschriebenen 5 Pf. nur 2 Pf. gezahlt, für das Nähen eines Militärmantels statt der vorgeschriebenen 8 M. ja sogar nur 2 M. Den Uberschuß steckte der Fabrikant ein. Nur ist es durch Einschreiten der Gewerkschaften häufig gelungen, daß einer Arbeiterin mehrere hundert Mark nachgezahlt werden mußten.

Leider erschwert die Stumpfheit der zu Schützenden die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften. Es ist gut, daß auch die Heimarbeiterinnen der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung unterstellt sind. Damit diese Gesetzgebung aber wirksam durchgeführt wird, ist es notwendig, daß die Heimarbeiterinnen mehr und mehr dem Organisationsgedanken gewonnen werden, dem sie schwerer zugänglich sind, weil jede für sich arbeitet, als die Fabrikarbeiterinnen, die durch gemeinschaftliche Arbeit eher den Wert des Zusammenschlusses begreifen. Wenn aber allmählich auch die Heimarbeiterinnen gesetzliche Rechte erhalten, dann sollen sie der Mitter der Arbeit nicht vergessen, die vor mehr als vierzig Jahren ihre Länze einlegten, um die Arbeit der Frau zu einer menschenwürdigen zu machen. Dann dürfen sie nicht vergessen, daß es der Sozialismus ist, dessen vornehmste Aufgabe es ist, den Schwachen und Unterdrückten zu ihrem Recht zu verhelfen.

Aus unserem Verufe.

Düsseldorf. Die Schildermaler und Auschnetter befinden sich im Streik. Zugang ist deshalb streng fernzuhalten.

Zugang ist fernzuhalten nach Kriegern b. Boderham (Böhmen), Firma Steinberger & Co., Fabrik für technische Stanzartikel. Der Betrieb ist wegen Maßregelung des Ortsgruppenvorsitzenden gesperrt.

Golditz. Eine, wenn auch kleine Anzahl hiesiger Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen glauben, die Zeit sei da, wo man sich um nichts mehr zu kümmern brauche. Um sich von den Verbänden sowie Parteibeiträgen zu drücken, gebrauchen diese Leute, wenn sie von unseren Funktionären angehalten werden, die unglaublichen Ausreden. Man sollte meinen, gerade die jetzige Zeit müßte auch den dümmsten und verbohrtesten Arbeitern und Arbeiterinnen die Ueberzeugung aufzwingen, daß der einzelne nicht imstande ist, irgend etwas zu erreichen. Nur durch engsten Zusammenschluß in den Berufsorganisationen ist es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Damit nun aber auch der Verband seine Aufgaben voll und ganz erfüllen kann, müssen ihm die Mitglieder auch die dazu nötigen Mittel zuführen und sich nicht, wie schon gesagt, davon zu drücken suchen.

Es ist doch eine Schande, wenn es unter den heutigen Verhältnissen noch Arbeiter und Arbeiterinnen gibt, die ihre Pflichten nicht erfüllen, aber alle Vorteile und Rechte mitgenießen wollen. Jedem, der sich abseits stellen will, müßte die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn er sehen muß, wie sich der andere Teil der Arbeiterschaft müht und bestrebt ist, den Ausbau der Berufsorganisation zu fördern. Nur eine gut fundierte Organisation ist imstande und kann dafür sorgen, daß wir nicht noch tiefer in das Elend hineingedrückt werden, sondern daß auch für uns weitere Verbesserungen erkämpft werden können. Denn erkämpft muß alles werden, und je größer die Macht ist auf unserer Seite, desto größer der Erfolg.

Aber nur durch Einigkeit untereinander und Pflichterfüllung der Gesamtheit gegenüber ist es möglich, etwas zu erreichen. Goffentlich tragen diese Ausführungen dazu bei, daß auch bei diesen Dürdebergern eine bessere Einsicht Platz greift.

Kronach. In einem hiesigen Blatte wird folgende Notiz veröffentlicht:

Christlicher Terror. Von den „Brüdern in Christo“ wird immer ein gewaltiges Lamento angestimmt, wenn von freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern auf ihre indifferenten und christlichen Arbeitskollegen und Kolleginnen eingewirkt wird, zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse sich den freien Gewerkschaften anzuschließen. Sobald man sich erlaubt, die christlich organisierten Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß die Bayerische Volkspartei alles andere vertritt, nur keine Arbeiterinteressen, schreit man im schwarzen Lager jämmerlich über roten Terror und verlangt staatlichen Schutz. Auch in Kronach, das ja bekanntlich als eine schwarze Zentrumsburg gilt, haben sich die Arbeiter immer mehr den freien Gewerkschaften angeschlossen, darunter auch die Arbeiterinnen in den hiesigen Porzellanfabriken. Als sich die deutsche Arbeiterschaft in den Tagen des Rapp-Portsches gegen die freche Erhebung der Reaktion mit dem Generalfreiwhehrte und auch die Arbeiterinnen von Kronach sich solidarisch erklärten, mußten die Geistlichen zu ihrem Leidwesen sehen, daß ein sehr großer Teil von Frauen und Jungfrauen mit in den Zügen demonstrierten. Die Politisierung der Frauen im Staate der Bayerischen Volkspartei ist Hauptaufgabe der Präses in den verschiedenen christlich-katholischen Vereinen, denen es ja an freier Zeit nicht fehlt. Weil nun einige Porzellanarbeiterinnen im Zuge der „Roten“ mitmarschierten, dabei aber unter einem gewissen Druck Mitglieder im katholischen Arbeiterinnenverein sein müssen, so nahm man jetzt Rache und ließ einigen ein Schreiben zugehen, das folgendermaßen lautet:

„Mußten leider erfahren, daß Sie an den Umzügen der Sozialdemokraten teilnahmen und so offen sich zu diesen bekennen. Sie wissen, daß die Grundsätze der Sozialdemokraten den Prinzipien unseres Vereins ganz entgegengesetzt sind. Eine wiederholte Teilnahme an solchen Kundgebungen würde uns zu unserem größten Bedauern zwingen, daraus die Konsequenzen zu ziehen und Sie aus dem Verein auszuschließen.“

Katholischer Arbeiterverein Kronach.

(Stempel.)

Weirather.

Der katholische Geistliche Weirather kommt mit dem Druck der Ausschließung, was in einem kirchlichen Ort einer geistigen und seelischen Verbannung gleichkommt. Der Arbeiterin, die ihrer Ueberzeugung entsprechend sich von dem geistlichen Stimmenfänger lossagte, wird dies schwer angeteilt, und sie ist mit dem Fluche der Zentrumsgewaltigen belastet. Wer treibt nun eigentlich Terror? Wir sind der Meinung, daß dies der Geistliche getan hat. Es soll mit diesem Verhalten bezweckt werden, die Frauen nicht zum Denken kommen zu lassen, sonst könnten sie erfahren, daß gerade die Geistlichen in politischer Hinsicht und als Zentrumsgroßen Kapitalisteninteressen vertreten und für Arbeiter ein kaltes Herz zeigen. Die Arbeiterinnen, denen ihr Wohl mit ihren Klassenkämpfern am nächsten liegt, sollten das Schreiben des Pfarrers Weirather nun erst recht mit dem Austritt aus dem katholischen Arbeiterinnenverein beantworten und mit den Millionen Gleichgesinnten in der Arbeiterbewegung zusammenstehen.

Goffentlich sehen diese Arbeiterinnen ein, daß sie beim katholischen Arbeiterverein an die falsche Adresse geraten sind. Die Konsequenzen sollten diese selbst ziehen und schleunigst diesem Arbeiterverein den Rücken kehren. Dann werden sie in kurzer Zeit einsehen, daß es auch ohne diesen geht und besser als mit demselben.

Martinlamitz. Die „Oberfränkische Volkszeitung“ schreibt: „Wiederum macht es sich notwendig, einmal hineinzuleuchten in die Zustände in der Porzellanfabrik Cronester, Martinlamitz. Dem Besitzer dieses Werkes wollen absolut keine besseren, menschlichen Regungen für seine Arbeiter ankommen. Es scheint allerdings auch an der nötigen Bildung zu fehlen, das beweisen die Äußerungen, die sich Cronester den Arbeitern gegenüber erlaubt. Da in dem Betrieb der Lohn noch vierzehntägig ausbezahlt wird, wurde der Betriebsrat vorstellig, um die wöchentliche Auszahlung des Lohnes zu erreichen. Herr Cronester antwortete: „Die Arbeiter sollen sich schämen, wenn sie nicht einmal 14 Tage mit ihrem Gelde auskommen können.“ Bei diesen Hundelöhnen, Herr Cronester, wie sie teilweise gezahlt werden, braucht sich ein Arbeiter nicht zu schämen, denn das müßten auch Sie wissen, daß man damit nicht leben kann. Es muß auch jetzt ein Mann die Arbeit leisten, die früher zwei leisteten. So ist in der Mäsenmühle nur je ein Mann eingestellt, um Lohn zu sparen, während in Schwarzenbach

genug Arbeitslose, die diese Arbeit machen könnten, auf Arbeit warten. Wo Männer hingehören, werden Frauen und Mädchen hingestellt, die natürlich alles tun, um ihre Arbeit zu behalten. Die Folge ist, daß sie sich überanstrengen und krank werden, wie es in diesem Betriebe schon der Fall war."

Soweit die „Oberfränkische Volkszeitung“. Anscheinend ist es in puncto Organisation in diesem Betriebe nicht gut bestellt, sonst könnten solche Zustände nicht einreißen. Sind die Frauen und Mädchen, die mit ihrem Verhalten ihre eigenen und die Interessen der Allgemeinheit schädigen, nicht auch Frauen und Töchter von Arbeitern? Haben letztere dagegen nichts einzuwenden? Mit der öffentlichen Kritik allein ist nicht viel geschehen, da muß der Hebel schon an der richtigen Stelle angelegt werden, wenn es besser werden soll.

Aus der Gipsfigurenbranche. Unsere Erzeugnisse sind nun einmal keine Gebrauchsgegenstände, daher der Umsatz ein beschränkter. Es muß unser Bestreben sein, nicht zuviel und zu schlechte Ware auf den Markt zu werfen, sondern weniger und gut. Leider bringt es nun einmal die Konkurrenz so mit sich, daß einer billiger liefern will als der andere, worunter natürlich die Qualität leidet.

Wer von den Kollegen hat aber nicht mit Bangen in die Zukunft geschaut, wo man wieder den Gipsfigurenhändler in den Straßen sehen wird? Was der für unsere Branche bedeutet, weiß jeder erfahrene Kollege, wie auch jeder Unternehmer von selbst und kann ich mir alles weitere ersparen. Es wird mir jeder Eingeweihte beipflichten, wenn ich diesen Straßenhändler als den größten Krebsbissen unserer Branche bezeichne.

Bei den drückendsten Lasten, welche der Deutsche heute zu tragen hat, wird ihm für Luxusachen nicht allzuviel übrig bleiben. Wir müssen daher haushalten und können uns den Luxus nicht leisten, den Markt von Ausländern mit Ritsch überschwemmen zu lassen. Zum großen Leidwesen ist das laufende Publikum zu laienhaft, um gute von schlechter Ware unterscheiden zu können. Die Hauptsache ist der Preis.

Wir müssen alle, Arbeitgeber sowohl wie Arbeitnehmer, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern suchen, daß diese Hausierer wieder erscheinen. Meine natürlich nicht unsere italienischen Kollegen, die mit uns gemeinsam arbeiten.

Gemeint sind diejenigen, welche im Frühjahr zu uns kommen, womöglich mit einem halben Duzend und mehr, zum Teil schulpflichtiger Jungen und im Herbst wieder nach Italien fahren, um ihre hier zusammengetragenen Groschen in Ruhe zu verzehren und das Gastspiel das nächste Jahr zu wiederholen.

Um diese Angelegenheit nicht auf die lange Bank zu schieben, wäre es meines Erachtens das Beste, gleich Unterschriften zu sammeln, womit gleichzeitig eine Berufszählung verbunden ist, um mit einem dementsprechenden Antrage an einen Abgeordneten heranzutreten.

Vielleicht äußern sich einmal die Kollegen zu dieser Angelegenheit und bestimmen einen, der die Sache in die Hand nimmt. Erich Fritsch, Breslau 7, Vorwerkstr. 73 a.

Vermischtes.

Laufende Feuerungszuschläge für Kriegshinterbliebene. Vom 1. August d. J. ab werden den Hinterbliebenen solcher Militärpersonen der Unterlassen, die nach dem 31. Juli 1914 im Seeresdienst gestanden haben und entweder gefallen oder an einer nach dieser Zeit erlittenen Dienstbeschädigung gestorben sind, laufende Feuerungszuschläge gewährt werden, die Abschlagszahlungen auf die nach dem Reichsverversorgungsgesetz zustehenden Bezüge darstellen und bei der Neuverteilung dieser Bezüge in Anrechnung gebracht werden. Die Feuerungszuschläge sind nach Ortsklassen abgestuft und betragen 20—70 vom Hundert der bisher gezahlten Bezüge.

Arbeitslosenversicherung in England. Nach Pressemeldungen über den Entwurf des neuen englischen Gesetzes betr. Arbeitslosenversicherung ist die Versicherungsbilanz im wesentlichen auf den Personalkreis ausgedehnt, der auch der Krankenversicherung unterliegt. Ausgenommen von der Versicherung sind die Landwirtschaft und Hausgefinde. Doch bleibt die Einkommensteuer für Ausnahmen und Erweiterung auf nicht betroffenen Berufsgruppen vorbehalten. Die Unterstützungshöhe im Falle der Arbeitslosigkeit beträgt für Männer wöchentlich 15 Schilling, für Frauen 12 Schilling gegenüber einer Beitragssumme von wöchentlich 3 Pence für Männer und 2½ Pence für Frauen je für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Für Jugendliche beiderlei Geschlechts sind niedrigere Beiträge angeordnet. Ein Drittel der Gesamtbeitragssumme leistet die Staatskasse. Für einzelne Erwerbszweige besteht die Möglichkeit der Einrichtung einer Sonderversicherung auf Grund ministerieller Anregung oder Genehmigung. Von dem neuen Gesetz werden rund 12 Millionen Per-

sonen erfasst werden. Die Belastung der Staatskasse wird sich über dem jetzigen Zustand sich von 1¼ Millionen auf 3—4 Millionen Pfund Sterling erhöhen.

Der Vorzug der Konsumgenossenschaftlichen Bedarfsdeckung.

Mit zwingender Gewalt drängt die Entwicklung von plan- und systemlosen kapitalistischen Profitwirtschaft zum organisatorisch vollkommeneren System der genossenschaftlichen Warenversorgung. Wie vorteilhaft sich gegenwärtig bereits die knappsparende Organisation der Konsumgenossenschaft abhebt von der Privatwirtschaft, sei an zwei Beispielen gezeigt, die darstellen, welche enorme Zersplitterung bei der Verteilung der zwangswirtschafteten Waren vorhanden ist. In Gera kamen in der Mitte des vergangenen Jahres für die Warenverteilung des Konsumverbandes insgesamt 130 Läden in Betracht mit einer Kundenzahl von 48 714; davon entfielen auf die fünf Läden des Konsumvereins 9271 Kunden, auf die übrigen 125 Läden deren 39 543. Während auf je einen Laden des Vereins im Durchschnitt 18 Kunden entfielen, kamen auf ein Privatgeschäft nur 731. In Altenburg kommen für die Verteilung außer sechs Großisten und Oberverteilern 98 Kolonialwarengeschäfte in Frage. Der Konsumverein hat in seinen fünf Verkaufsstellen mehr als ein Viertel der gesamten Bevölkerung als Kunden bei rund 3500 Mitglieder. Bei der Brot- und Mehlerverteilung das gleiche Bild. Während 10 Betriebe unter 1 Zentner, 50 bis zu 10 Zentnern, 53 bis zu 100 Zentnern lieferten, lieferte der eine Konsumvereinsbetrieb 2 bis 300 Zentner. Bei diesen Vergleichen ist zu berücksichtigen, daß sich die Zahlen, wie erwähnt, auf die Mitte des vergangenen Jahres beziehen; seit dieser Zeit haben beide Vereine eine beträchtliche Mitgliederzunahme erfahren. Das Verhältnis hat sich infolgedessen noch weiter zu deren Gunsten verschoben. Wie hier nun, so liegt es überall.

Die Frau im Beruf. Nach den Feststellungen, die Dr. Curschmann getroffen hat, eignet sich die Frau nur in beschränktem Maße für Arbeiten in der chemischen Industrie. Die gleichen Feststellungen hat man aber auch für sehr viele andere Gebiete des proletarischen Arbeitslebens gemacht. Darum sollte für alle die Gesundheit der Frau schädigenden Berufe die Forderung Curschmanns gelten, daß die Arbeit von der Einwilligung eines ärztlichen Arztes abhängig sei. Dadurch würde aber eine Ueberfüllung der anderen Frauenarbeiten eintreten, da im Kapitalismus eine geordnete Organisation und Verteilung der Arbeitskräfte ja nicht möglich ist. Wohin wir auch in das proletarische Arbeitsleben schauen, überall finden wir immer wieder, daß der Kapitalismus nur kleine Besserungen und Reformchen möglich macht, daß aber eine soziale Regelung des Arbeitslebens von Grund auf nur in einer neuen Ordnung des Lebens möglich ist.

Arbeit und Sterblichkeit. Die Berufsarbeit des Proletariats übt bekanntlich einen sehr schädlichen Einfluß auf seinen Gesundheitszustand aus. Die körperliche Ueberanstrengung, die mangelnde Hygiene der Betriebe, der Staub und die anderen gewerblichen Gifte und was es auch sei, sind für den Proletarier eine ständige große Gefahr. Da ist es natürlich, daß auch die Sterblichkeit des Proletariats mit seiner Berufsarbeit in engem Zusammenhang steht. So eng sind die Beziehungen zwischen Arbeit und Tod, daß die Zeit der anhaltenden größten Arbeitsleistung auch die Zeit der größten Tuberkulosesterblichkeit ist. Erst vor 50. Lebensjahre ab sind diese traurigen Tatsachen nicht mehr festzustellen, weil dann alle disponierten Arbeiter abgestorben sind und die noch übrig bleibenden eine besonders starke Körperkonstitution aufweisen. Die meisten Arbeiter aber haben die Folgen ihres Berufes zu tragen. Aber dennoch gibt es immer noch Blinde, trotz all diesen Glenda nicht zu erkennen vermögen, daß hier eine Besserung möglich ist, und zwar durch den proletarischen Zusammen-schluß.

Versammlungsberichte.

Brattenborf. Unsere diesmalige Zahlstellenversammlung zugunsten unserer Kollegen und Kolleginnen vom Wald in Schaberg abgehalten; da auch das Wetter schön war, hätte sie besser besucht werden können. Von 276 Mitgliedern waren 150 erschienen.

Zu Punkt 1 gab Kassierer Luther den Quartalsabschluß für 2. Quart. bekannt. Es stand einer Einnahme von 5362,07 Mk. Ausgabe von 4369,38 Mk. gegenüber. Die Revisoren berichteten, sie bei der Revision sämtliche Bücher und Kasse in Ordnung gefunden haben, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Darauf gab der Vorsitzende einen Bericht über die Verhandlungen in Brattenborf, in denen auch die Auszahlung nach Lohnklasse 2a geregelt wurde. Der Vorsitzende gab die einzelnen Lohnsätze bekannt, wo der Lohn die Höhe noch nicht erreicht hat, soll dies nachgeholt werden, und zwar vom 15. Mai ab. Bei den übrigen (Zahn- und Affordarbeiter) soll nochmals ein Schiedsspruch entscheiden.

Ueber das Thema „Steuerabzug“ gab es eine rege Diskussion. Die Versammlung ist sich darin einig, man solle sich nicht der Steuer abziehen lassen, bis auch die Gewerbesteuer befreit ist, daß der

werbetreibende, Bauer usw., die nicht gegen Lohn oder Gehalt arbeiten, auch so genau erfasst wird. Es müssten sämtliche Gewerkschaften dagegen protestieren.

Da die Krankenkassenbeiträge schon sehr hoch sind, mahnte der Vorsitzende, den Arzt nicht unnötig in Anspruch zu nehmen. Nachdem noch verschiedene Betriebsfragen geregelt wurden, wurde die Versammlung mit dem Rufe „Auf Sozialisten, schließt die Reihen“, geschlossen.

Gräfenenthal. Die am 2. August stattgefundene Versammlung hätte besser besucht sein können. Unter „Geschäftliches“ gibt der Geschäftsführer das Resultat über die stattgefundene Mitgliederabstimmung bekannt. Mit Befriedigung sei zu konstatieren, daß die Mitglieder seines Bezirkes sich nahezu einstimmig für die Beitragserhöhung ausgesprochen haben. Ganze 19 Stimmen seien gegen die Erhöhung gewesen; ein Ergebnis, was wohl selten in einem so großen Bezirke zu verzeichnen sein dürfte. Weiter teilt der Kollege Erdmann mit, daß nunmehr die Zusammenlegung aller Zahlstellen des Bezirkes erfolgt und die Rassen- und alle anderen Geschäfte in seine Hände gelegt seien. Es waren dabei Schwierigkeiten zu überwinden, die das lange Hinauszögern bedingten. Bezüglich der Veranstaltung eines Stiftungsfestes, verbunden mit dem 25jährigen Bestehen der Zahlstelle Gräfenenthal, entwickelt der Geschäftsführer ein Programm, welches einstimmig Zustimmung findet. Die engere Verwaltung wird beauftragt, das weitere zu veranlassen. Ueber mäßliche Verhältnisse eines Betriebes soll zunächst eine Betriebsversammlung stattfinden. Punkt 2 der Tagesordnung, Abschluß vom 2. Quartal, findet Ablehnung, da kein Revisor anwesend ist.

Den Geschäftsbericht für Monat Juni erstattet Gen. Erdmann. Eingang seines Berichts erwähnt derselbe, daß künftig jedes Vierteljahr ein solcher Bericht gegeben werden soll. Der Bericht selbst weist eine rührige Tätigkeit auf. Besonders waren eine große Anzahl Differenzen mit dem Unternehmertum beizulegen, was in den meisten Fällen geschehen ist zur vollen Zufriedenheit der Mitglieder. Vorsitzender Kollege Ellmer teilt mit, daß die Verwaltung über die Tätigkeit des Geschäftsführers sich äußerst lobend ausgesprochen habe; die Versammlung stimmt dem zu.

Ueber das letzte Lohnabkommen referiert Kollege Erdmann. Die Versammlung ist mit dem Vorgehen der Verwaltung und der Betriebsräte in dieser Angelegenheit vollständig einverstanden und ist bestrebt, alles gegen die Pläne der Unternehmer einzusetzen.

Nachdem Kollege Erdmann über die Einrichtung des Oberschiedsamts seine Meinung geäußert und den Bericht der letzten Kartellkungen, der vom Genossen Schott ergänzt wird, in großen Umrissen gegeben, schließt gegen 11 Uhr Kollege Ellmer die Versammlung mit dem Appell, die künftigen Versammlungen besser zu besuchen.

Hornberg. Am 18. Juli fand in Hornberg eine Bezirkskonferenz der badischen und württembergischen Zahlstellen statt. Tagesordnung: 1. Gauleiterfrage. 2. Lohnabkommen. 3. Rassenbericht. 4. Verschiedenes.

Eine längere Debatte entspann sich über den ersten Punkt. Von allen Seiten zeigte sich starkes Mißfallen gegenüber dem Hauptvorstand, der bis jetzt in der Gauleiterfrage eine zu zögernde Haltung eingenommen hat. Die Dringlichkeit der Angelegenheit hat sich erwiesen, und es wird nun erwartet, daß der in Zell vorgeschlagene Kollege Bormann umgehend als unbesoldeter Gauleiter angestellt wird. Zu Punkt „Lohnabkommen“ wurde von verschiedenen Seiten betont, daß bei künftigen Lohnverhandlungen unbedingt an den gestellten Forderungen festgehalten werden solle, da erwießenermaßen die keramische Industrie gegenwärtig noch am ehesten in der Lage ist, einigermaßen ausreichende Löhne zu bezahlen. Punkt 3: Rassenbericht, wurde behaftlos entgegengenommen. Unter „Verschiedenes“ wurde die Tätigkeit des Gauleiters, Genossen Jahn, soweit er in Zahlstellen, die auf der Konferenz vertreten waren, gewirkt hat, moniert. Es wurde der Vermutung Raum gegeben, daß Jahn bei den Verhandlungen vor dem Schiedsamt in Bonn die Sache unserer Zahlstellen nicht mit der wünschenswerten Wärme vertreten haben könne, weil er in der Ortsklassenfrage ein negatives Resultat erzielte. Auch wurde vermutet, daß sich Jahn nicht die genügenden Unterlagen und Informationen für Verhandlungen beschafft habe.

Protest erhebt die Zahlstelle Ehornsdorf gegen den Hauptvorstand, da er in der „Ameise“ den Zahlstellen verboten hatte, Unterstüzungen nach Ehornsdorf zu senden. Man muß sich fragen, ob es möglich ist — auch wenn ein Streit mit statutarischem Recht geführt wird — heute mit den festgesetzten Unterstüzungen auszukommen. Es wurde alsdann noch festgestellt, daß als Wahlortort Hornberg beibehalten, die nächste Konferenz in Karlsruhe abgehalten werden soll.

Hochstädt. Die am 8. August stattgefundene Zahlstellenversammlung war leider, trotz der ersten Lage in unserem Bernse sehr schlecht besucht. Es scheint den Arbeitern wahrscheinlich recht gut zu gehen, sonst würden sie mehr Interesse an der Sache haben. Gauleiter Bredow war nach längerer Zeit wieder einmal erschienen und hielt einen 1½stündigen trefflichen Vortrag, in welchem er den Anwesenden zergliederte, wie notwendig die Beitragserhöhung sei. Er betonte auch, daß die Unternehmer schon jetzt den Lohnabbau haben wollten. Dagegen wurde heftig protestiert, denn bei den heutigen Verhältnissen ist an einen Lohnabbau nicht zu denken. Im Gegenteil, der Lohn müßte erhöht werden, denn der Winter steht vor der Tür und die Preise für die notwendigen Lebensmittel werden noch immer mehr in die Höhe geschraubt, so daß einem Familienvater der Verdienst nicht ausreicht. Hossentlich werden die Worte des Gauleiters Bredow beherzigt, so daß die nächsten Versammlungen besser besucht werden.

Mosler Weilsdorf. Die am 6. August stattgefundene Zahlstellenversammlung war in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung unter Einziehung des Lokalbeamten Kollegen Erdmann, Gräfenenthal, wieder sehr schwach besucht. Den auswärtig wohnenden Kollegen kann man es ja verzeihen, aber die hier in der Nachbarschaft wohnenden hätten unbedingt, wenn man sich nur etwas für das Betriebswesen interessiert, vollständig zur Stelle sein müssen. Wie es aber immer der Fall ist, die Verhandlungen holen ja die Rastanten aus dem Feuer, dann sind die Drohnen da und essen die Früchte

mit. Nur immer Rechte, aber keine Pflichten. Auf der Tagesordnung waren 4 Punkte vorgesehen. Punkt Geschäftliches: Hier lag eine Neuwahl vor, ein Delegierter zum Gewerkschaftskartell, und wurde Kollege Oskar Dippert einstimmig gewählt. Im Punkt Lohnklassenangelegenheiten wurde den Anwesenden mitgeteilt, daß die Nachzahlung stattgefunden, nur wo Differenzen bestehen und die Direktion glaubt im Recht zu sein, wurde dem Oberschiedsamt Berlin nochmals überwiesen. Punkt 3, Gewerkschaftliche Agitation, Referent: Kollege Erdmann (Gräfenenthal): Hierin hatten wir einen guten Gang gemacht. Er schilderte in 1½stündiger Rede „Zweck und Ziel des Verbandes“, hauptsächlich, wie es vor dem Kriege war und jetzt nach der Revolution. Nun muß es auch einem jeden Mitglied eine heilige Pflicht sein, treu am Verbands mitzuhelfen und festzuhalten in finanzieller und anderer Weise. Die Zuhörer wurden voll befriedigt von den Ausführungen des Redners und sagen wir nochmals an dieser Stelle Kollegen Erdmann (Gräfenenthal) unseren besten Dank. Unter Punkt Sonstiges war ein Antrag eingebracht worden, mit unseren Nachbarzahlstellen Fühlung aufzunehmen zwecks Aussprachen usw. Das soll in die Wege geleitet werden. Sonst war der Abend ein genussreicher und gut verlaufener zu nennen und hoffen wir, daß noch mehrere solche lehrreiche Abende folgen zum Nutzen der Mitglieder.

Neuhalsleben. Eine von ungefähr 500 Mitgliedern besuchte Zahlstellenversammlung fand am 7. August in Herzogs Festsaal statt. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß der Referent, der über den neuen Steuerabzug Aufklärung schaffen sollte, nicht erscheinen kann und dieser Punkt deshalb bis zur nächsten Versammlung verschoben ist. Der zweite Punkt der Tagesordnung „Lohnforderung“ erfreute sich einer lebhaften Debatte. Alle Redner sind sich darin einig, daß bei den jetzigen Preisen an einen Abbau der Löhne nicht zu denken sei, es wird vielmehr dem Antrag der vorigen Zahlstellenversammlung, bei den kommenden Tarifverhandlungen eine Lohnerhöhung von 25 bis 50 Proz. zu fordern, abermals zugestimmt. Des weiteren wurde die in der „Ameise“ bekanntgegebene neue Arbeitsordnung verlesen und waren sich alle Redner darin einig, daß alles versucht werden müsse, um dieselbe zur Durchführung zu bringen. Ein wichtiger Punkt unter „Verschiedenes“ betraf die Differenzen bei der Firma Rödl & Kühn. Die Betriebsleitung dieser Firma versucht mit allen Mitteln unserer bestehenden Lohnartikels zu umgehen. Da die Verhandlungen mit dem Betriebsrat ergebnislos verliefen, sah sich die Zahlstellenverwaltung veranlaßt, an den Verhandlungen teilzunehmen. Sollten die dort gemachten Zugeständnisse nicht eingehalten werden, so sehen sich die dort arbeitenden Kollegen gezwungen, einen Schiedspruch herbeizuführen. Ein in der letzten außerordentlichen Versammlung gefaßter Beschluß soll hier den Mitgliedern noch bekanntgegeben werden; derselbe lautet: Es soll eine Versammlungskontrolle eingeführt werden und alle die Mitglieder, welche im Jahre nicht mindestens 6 Versammlungen besuchen, von den Lokalunterstützungen ausgeschlossen werden.

Stadtilm. Die am 17. Juli stattgefundene Zahlstellenversammlung war seit 5 Jahren wieder die erste, in der auch wirkliche Porzellanarbeiter zugegen waren. Freude strahlte aus aller Augen, endlich wieder als Porzellaner arbeiten zu können. Als im Jahre 1915 der letzte Rest unserer Kollegen die hiesige Porzellanfabrik verließ, weil dieselbe keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr bot, war doch immer noch ein Hoffnungsstrahl vorhanden, daß dieselbe wieder einmal seine Tore öffnen würde. Dies hat sich jetzt bewahrheitet. Wenn auch in kleinem Umfange der Betrieb wieder aufgenommen und auch nur elektrische Artikel hergestellt werden, so soll doch in nächster Zeit wieder Gebrauchsgeschirr fabriziert und alle Kollegen und Kolleginnen ihrer alten Beschäftigung (in welcher sie viele Jahre tätig waren) zugeführt werden. Wer von den Kollegen gezwungen war, in anderen Branchen Arbeit zu suchen, wird der Bemerkungen, die er dort zu hören bekam, noch lange gedenken. Doch auch diese Zeit geht vorüber, uns zur Freude, den Gegnern zu Leide. Trotz aller Anfeindungen haben sich die hiesigen Kollegen nicht beirren lassen, sondern erheben erst recht ihr Haupt. Auch zum Leidwesen eines Herrn in Z., der die Stadtilmer Porzellanarbeiter ausrotten wollte. — Genügend Aufträge sind vorhanden, und wenn die Rohlenbelieferung einigermaßen erfolgt, wird auch hier wieder Arbeits- und Verdienstmöglichkeit geboten, um so mehr, da gerade hier nur eine einseitige Industrie (Schuh und Leder) vorhanden ist, die gegenwärtig unter sehr störendem Geschäftsgang zu leiden hat. Den wenigen Kollegen aber, die treu ihre Mitgliedschaft 5 Jahre lang und ohne in ihrem Fach tätig zu sein, aufrecht erhielten, sei an dieser Stelle besonders gedacht. Die Zahlstellenversammlungen finden nun wieder regelmäßig jeden 3. Sonnabend im Monat statt. Hier ist dann der rechte Ort, wo über das Wohl aller Kollegen und Kolleginnen beraten werden kann. Darum hinein in den Porzellanarbeiterverband. Vereinzelt sind wir nichts, vereint aber eine Macht, die gerade zur jetzigen Zeit doppelt angebracht ist. Kommt regelmäßig in eure Zahlstellenversammlungen, wo Ihr Wünsche und Beschwerden vorbringen könnt und wo dem entsprochen werden kann. Seid einig und nehmt dieses Wörtchen als Begleiter in die neue Arbeitsstätte mit, die sich hier für Euch wieder aufgetan hat.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 19. Heft vom 2. Band des 33. Jahrgangs erschienen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 13 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mk. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Bekanntmachung.

Die Zahlstellen Neuhals am Rwg., Reichmannsdorf und Probstzella haben sich mit Gräfenenthal vereinigt. Alle Zuhörer in Rassen- und sonstigen Angelegenheiten sind an den Geschäftsführer Arthur Erdmann, Gräfenenthal, Koburger Str. 26, zu richten. Telefon 33 (Nebenanschluß). Die Verwaltung. J. A.: Erdmann.

Versammlungs-Anzeigen.

Bahreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.
Berlin-Charlottenburg. Figurenbranche. Sitzung am 1. September, nachmittags 5 Uhr, bei Wollschläger, Albalbertstr. 21.
Gräfenhain. Sonnabend, 21. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus „Zum Steiger“. Quartalsabschluss.
Dachau. Freitag, den 20. August, abends 5 Uhr, in der „Herberge zur Heimat“.
Stadtilm. Sonnabend, 21. August, abends 8 Uhr.

Quittung.

Für unser krankes Mitglied **Louis Häbrich** gingen folgende Beiträge ein von den Zahlstellen: Althalbdenleben 10,—; Auma 10,—; Annaburg 10,—; Bonn 20,—; Blankenhain 10,—; Burgau 10,—; Elmshorn 25,—; Freiberg 10,—; Frankfurt a. O. 10,—; Fraureuth 25,—; Hennigsdorf 10,—; Jecha 10,—; Jubenbach 25,—; Rüps 10,—; Köppelsdorf 20,—; Kahla 10,—; Königszelt 10,—; Lettin 5,—; Margarethenhütte 20,—; Meuselfeld 20,—; Brattendorf 20,—; Mengersgereuth 15,—; Marktrebwin 20,—; Neuhalbdenleben 10,—; Plau 10,—; Rajau 10,—; Rauenstein 10,—; Reichenbach 15,—; Sorau 10,—; Schornborn 20,—; Scheibe 15,—; Schlierbach 20,—; Steinheid 20,—; Stadtlengsfeld 10,—; Staffel 20,—; Charlottenburg 20,—; Tiefenfurt 20,—; Triptitz 10,—; Teltow 20,—; Kl. Weilsdorf 10,—; Mark. Summa: 585,— Mk.

Den Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.
 Für die Zahlstelle **Hermisdorf (S.-M.)**: Der Kassierer **Hugo Kellner**.

Aufruf.

Der in weiten Porzellinerkreisen bekannte Kollege **Dreher Christian Menninger**, Mitglied unseres Verbandes seit 1895, befindet sich in drückender Notlage. Menninger ist ganz invalide. Seine eigenen Mittel hat er bereits aufgebraucht und ist nun auf die Mildtätigkeit seiner Kollegen angewiesen. Die Zahlstelle **Güttensteinach** hat den Kollegen unterstützt und wird es weiter tun; jedoch sind die Mittel, die aufgebracht werden, zu gering. Wir bitten deshalb alle edel denkenden Kollegen und Kolleginnen, dem Genossen Menninger ein Scherlein zuzuwenden zu wollen. Geldsendungen wolle man richten an **R. Burkart**, Geschäftsführer der Zahlstelle **Köppelsdorf b. Sonneberg (S.-M.)**, Kurgarten.

Aufruf.

Unsere Kollegen: **Maler Gustav Krüger**, seit dem 19. Januar 1903 Mitglied, seit August 1914 geisteskrank und völlig erwerbslos, und der **Dreher Karl Winter**, seit den 13. November 1905 Mitglied, seit Dezember 1918 lungenkrank und ebenfalls so lange völlig erwerbslos, beide in sämtlichen Kassen seit Jahren ausgestellt, befinden sich ohne Zweifel in äußerst trauriger Lage. Es bleibt ihnen nur noch die Invalidenrente, die zum Sterben zu viel ist. Was irgend möglich war, die Kollegen resp. ihre Angehörigen über Wasser zu halten, haben wir am Orte wiederholt getan. Aber in dieser schweren Zeit ist es uns allein nicht mehr möglich, die Leidenden und ihre Angehörigen vor dem Schrecklichsten zu schützen. Deshalb, Kollegen allerorts und im Reiche, appellieren wir an euch und bitten um eine Gabe für die beiden Kollegen.

Gelder bitten wir zu senden an unseren Kassierer **Albert Schlegelmisch**, Magdeburg N., Speicherstr. 20, S. pt. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Die Verwaltung der Zahlstelle **Magdeburg**.

Sterbetafel.

Hirschau. Fritz Barrafch, Dreher, geboren am 27. April 1881 zu Althalbdenleben, gestorben am 31. Juli an Kehlkopfleiden. Mitglied seit 1919.

Hirschau. Andreas Widder, geboren am 8. Januar 1894, gestorben am 17. Juli an Nierenleiden. Mitglied seit 1919.

Königszelt. Wilhelm Kramer, Dreher, geboren am 28. Juni 1866 zu Jirlan, gestorben am 31. Juli an Lungenleiden. Mitglied seit 1919.

— **Josefa Barrafch.** Gießerin, geboren am 11. November 1864 zu Pfaffenborn, gestorben am 21. Juli an Leberkrebs. Mitglied seit 1919.

Meuselfeld. Hugo Arnold, Form., geboren am 17. Juni 1865 in Meuselfeld, gestorben am 26. Juli 1920 an Rheumatismus und Gicht. Invalide seit 1892. Mitglied seit 1888.

Tillowitz. Friedrich Maake, geboren am 26. März 1852 zu Falkenberg (D.-Schlef.), gestorben am 9. August an der Ruhr. Mitglied seit 1919.

Wittenberg. Bruno Schmidt, Brenner, geboren am 9. Mai 1852, gestorben am 31. Juli an Magenleiden. Mitglied seit 1919.

— — — — — im Andenken!

Zeitsmarkt.

Hierdurch, denen kein konfirmiertes Abwert beilegt, werden nicht weiter befürdet.

Gipsgießer und Putzer

auf sofort gesucht.

H. Carl, Figurenfabrik, Rassel.

Porzellanmaler, Unterglasur, 32 Jahre alt, Stellung als Obermaler in einer Fabrik, die gewillt ist, Unterglasurmalerie einzurichten. Suchender hat gegenwärtig den Posten eines Mustermalers inne und verfügt über Kenntnisse in allen kommenden Arbeiten. Proben stehen auf Verlangen zur Verfügung. Offerten an die Redaktion der „Ameise“ erbeten unter **A. B. 1**.

Maler, unverb., sucht Stellung auf Hand, Wand, Stuck, Säge, Stempel in Gold und Farbe oder Export in Lustfärbeforen und allen in der Malerei vorkommenden Arbeiten, eventuell auch als Fondsprüfer. Offerten unter **G. B.** an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger, zuverlässiger, durchaus selbständig arbeitender, Eingeschulter Porzellanbrenner, der auch mit Händen und Gold verfahren ist, von Porzellanbrennerei in Leipzig per sofort in Dauerstellung gesucht.

Gustav Gierisch Nachf., Leipzig-Gohlis, Schenkbühlstr. 27.

Galanteriemaler, gelernter Porzellanmaler, firm in Landschaften, Blumen und Schrift, Mustereutwerfen, sucht Stellung in Blechwarenfabriken, Reiseandenkenartikeln usw. — Eintritt sofort. Offerte an die Redaktion der „Ameise“ unter **A. S.**

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinse — Flaschen — Malrührstäbe usw. zum Einschmelzen lauft

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Für alle Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. — Beste Preis. — Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

solwie ausgebranntes Gold lauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen bei Jlmnan, Th.

Segeltuchschuhe mit Ledersohle und Zwickel, billigster Fabrikarbeiter Schuh! Sandpantoffel — Turnschuhe — Reinen Schuhe, schick in weiß, grau und schwarz, weiße Reinen Schuhe laufen Sie billig bei A. Meyer, Weißwasser, D.-L., Schuhversand.

— Verlangen Sie Preisliste. —

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler, auch nach Zeichnung oder Muster, liefert

Paul Materne, Schönwald, Oberfranken.

Sie staunen über mein Sonderangebot von reinen Qualitätszigarren weit unterm Kleinverkaufspreis zu 60, 65, 70, 75, 80, 86, 92, 97, 102, 108 120 Pf. Versand von 50 Stück an Nordh. Kantabak 10 Mk. od. Rm. 17,50 Mk. portofrei. (Kein Einzelverkauf.)

Universal-Versand, Hermisdorf, S.-M., 16.

Offertiere hierdurch

Zymocca-Levantiner Schwämme

zu 4, 8, 13, 18, 24 und 35 Mk. per Stück für Dreher, Glasur, Brenner, Drucker; Garnierungsschwämme von 1 bis 10 Mk. pro Stück. Für diese Zwecke auch geeignete Reiffschwämme, das Kilo 120 bis 200 Stück enthaltend, 250 Mk. pro Kilo. Große weiße Gardheadschwämme für Steingutfabriken, das Kilo 55 Stück enthaltend, 350 Mk. pro Kilo. Große prima „Elephantenohren“, das Kilo 5,— bis 6,50 Mk. Abgabe einzelner Schwämme als Muster oder Ansichtsendungen lehne höflichst ab. Für großen Fabrikleistungen eventuell besondere Vereinbarungen.

S. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin E. 25, Brenzlauerstr. 4.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art



Gold, Platin, Silberpreis auf Anfrage

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Seifert, Zwickau i. S., Osterwälderstr. 32

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: **Joseph Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4**
 Verlag: **Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4**
 Druck von **Otto Goerke, Charlottenburg, Ballstr. 22**